

beren musikalisch-dramatischen Werken und einer reichhaltigen, bunten Reihe kleinerer Kompositionen vor das Publikum getreten und hat sich wohl mit jedem Werke dessen steigende Achtung als ein die Technik vollkommen beherrschender, origineller, feinsinniger und geschmackvoller Meister errungen. Ein neues symphonisches Werk des Komponisten durfte also im Voraus sympathischen Interesses sicher seyn und die musikalische Akademie hat demselben einen wohlthuenden Ausdruck gegeben, indem sie das Pult des Dirigenten — der Komponist leitete die Aufführung seines Werkes persönlich — mit einem Lorbeerkränze schmückte.

Politische Rundschau.

Deutschland. Der „Daily News“ wird telegraphisch aus Berlin gemeldet, daß Bismarck nunmehr definitiv zum Herzog von Lauenburg ernannt werden und den Titel „Se. Hoheit Fürst von Bismarck, Herzog von Lauenburg“ führen soll. Der Titel sei so gewählt, weil der Reichskanzler abgeneigt war, seinen Familiennamen aufzugeben. Offizielle Blätter dagegen fahren fort, die Nachricht von der Erhebung des Reichskanzlers zum Herzog, als ein in keineswegs freundlicher Absicht erfundenes Gerücht zu bezeichnen. Da der König von Preußen bereits Herzog von Lauenburg sei, könne Niemand anders, auch nicht Fürst Bismarck, diesen Titel erhalten.

Der großartige Prozeß gegen die Sozialdemokraten ist beendet. Das Gericht erkannte auf Schließung des allgemeinen deutschen Arbeitervereins, des allgemeinen deutschen Maurer u. Steinhauerbundes und des deutschen Zimmermannsvereins als politische Vereine. Die Geldstrafen gegen deren Leiter betragen 60 bis 120 Mark.

In Baiern ist General v. Maillinger durch k. Dekret zum Kriegsminister ernannt worden.

In Frankreich wird fortwährend von Seite des Kriegsministers an der Reorganisation der Armee gearbeitet, und doch soll der gegenwärtige Zustand derselben noch keineswegs befriedigend lauten. Unter den höhern Offizieren walte immer Eifersucht und persönliche Unfähigkeit. Die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht und die Rekrutirung nach schweizerischem oder deutschem System, wodurch allein sich Frankreich eine numerische Kraft verschafft haben würde, wurde seiner Zeit vom Parlament abgelehnt. Die militärischen Schulen stehen überall außerordentlich mittelmäßig, die Artillerie und Kavallerie schlecht ausgestattet. Mit dem deutschen Pferdeausfuhrverbot sei die Erwerbung guter Zug- und Reitpferde erschwert. Von ziemlich sachkundiger Seite wird behauptet, daß Frankreich noch Jahrzehnte brauche, um gegen außen gehörig aktionsfähig zu werden. Nachdem Deutschland und Rußland die allgemeine Wehrpflicht angenommen haben, wonach dieselben Jedes über eine Million Krieger alle Tage verfügen können, werde Frankreich mit seinem alten Militärsystem kaum einen andern Standpunkt als denjenigen eines Staates zweiten Ranges einzunehmen berechtigt sein.

Im letzten Ministerrath soll es sehr lebhaft zugegangen sein. Die Herren Buffet und Dufaure können sich über verschiedene Punkte nicht verständigen, und ein jeder der beiden Staatsmänner legt einen zu hohen Werth auf seine eigene Meinung, als daß von der einen oder andern Seite bedeutende Zugeständnisse zu erwarten wären. Hr. Buffet hofft noch immer die sogenannte konservative Mehrheit vom 24. Mai wieder herzustellen; der Justizminister verlangt dagegen, daß die Errungenschaften der neuen republikanischen parlamentarischen Mehrheit ohne Hintergedanken anerkannt und befestigt werden. Der Ministerpräsident wünscht von seinem Standpunkt aus, daß man die Royalisten und Imperialisten mit größtmöglicher Schonung behandle; Hr. Dufaure auf der andern Seite ist der Meinung, daß alle Angriffe auf die bestehende Verfassung strafbar sind, und daß die Propaganda zur Wiederherstellung

des Königthums oder Kaiserthums eine rebellische sei. Er verlangt deshalb, daß den fortwährenden Schimpfereien auf die Republik und die Republikaner und den überchwänglichen Anpreisungen der verschiedenen Thronprätendenten, wie sich dieselben täglich in den legitimistischen und bonapartistischen Blättern vorfinden, ein Ende gemacht werde. Aber der alte liberale Justizminister befürwortet damit keineswegs ein rücksichtsloses summarisches Vorgehen; er will im Gegentheil, daß der Belagerungszustand aufgehoben werde und daß das Ministerium zur sofortigen Ausarbeitung eines Preßgesetzes vorgehe, welches, nachdem es von der Kammer angenommen, der Regierung gesetzliche Kraft geben würde die heutige Verfassung gegen die Angriffe ihrer Gegner zu vertheidigen. Hr. Buffet ist nicht geneigt diesen Wünschen nachzugeben. Er jedoch sowohl als Herr Dufaure wissen sehr gut, daß ein ernstes Zerwürfniß im Ministerium von den Legitimisten und den Bonapartisten mit Jubel begrüßt werden würde.

In den Kreisen der Bonapartisten geht die Rede von einer Rundreise durch Europa, welche der junge kaiserliche Prinz in Begleitung des Generals Fleury in diesem Jahr unternommen werde. Der Prinz soll alle großen Höfe besuchen, nachdem man vorher die Gewißheit gewonnen hat, daß er dort gastliche Aufnahme finden wird. Sollte ihm diese zu Theil werden — und die Bonapartisten zweifeln nicht daran — so würde man einen Beweis gefunden haben um der französischen Bevölkerung die Wiederherstellung des Kaiserreichs als etwas höchst wünschenswerthes hinzustellen. Man will in allem was in Frankreich passiert stets die Hand des Fürsten v. Bismarck erkennen. So heißt es denn auch diesmal wieder, daß die projektirte Reise des kaiserlichen Prinzen vom deutschen Reichskanzler angerathen worden sei. Die Franzosen werden sich dieß unter keiner Bedingung ausreden lassen, und es würde vergebliches Bemühen sein die Unsinnigkeit dieses Gerüchtes darthun zu wollen.

Spanien. Nach Madrider Nachrichten sind sechs Generale, drei Obersten und eine große Anzahl anderer Offiziere der carlistischen Armee nach Frankreich übergetreten und haben den König Alfonso formell als König von Spanien anerkannt. Es wird diese Thatsache als die nächste Folge der Haltung angesehen welche General Cabrera den Carlisten gegenüber eingenommen hat.

China. Ueber den Thronwechsel in China, bezüglich dessen bisher nur kurze telegraphische Meldungen vorlagen, wird der „Köln. Ztg.“ jetzt aus Schanghai vom 4. Februar brieflich näheres mitgetheilt. „Die Frage der chinesischen Thronfolge“, so heißt es in der betreffenden Correspondenz, ist innerhalb des Palastes in Peking auf schnelle und friedliche Weise gelöst worden. Mit Uebergehung derjenigen Mitglieder der kaiserlichen Verwandtschaft welche das Gerücht zuerst nannte, ist die Wahl auf den Sohn des Prinzen Tschun, eines jüngeren Bruders des Prinzen Tun und Kung, gefallen. Der neue Inhaber des Drachen-Thrones ist ein ungefähr vierjähriger Knabe, Namens Tseintien; der Name seiner Regierungsperiode ist Kwang Sü, oder wird es vielmehr sein, denn das erste Jahr Kwang Sü beginnt übermorgen mit dem neuen Jahre. Um die verschiedenen Verwandtschaftsgrade auf leicht faßliche Weise vorzuführen, bemerke ich daß der neue Kaiser der Vetter des letztverstorbenen Kaisers Töng Tschie (Tung Chih), der Nefle des vorletzten 1861 gestorbenen Kaisers Hienfeng und, gleich seinem Vorgänger, der Enkel des 1850 verstorbenen Kaisers Tao Kwang ist. Welche Gründe bei der Wahl den Ausschlag gegeben haben, kann nur vermuthet werden. Allgemein aber betrachtet man sie als einen großen Erfolg der beiden alten Kaiserinnen-Mütter und des Prinzen Kung, da die beiden ersteren wieder während der langen Minorjährigkeit Regentinnen sein werden, und der letztere wieder ihr Rathgeber sein und an der Spitze der Verwaltung stehen